Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Leitung Nr. 2535; der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 40. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 24. Januar **1905.**

Jetzt ist

die beste Zeit,

um sich von dem reichhaltigen, gediegenen Inhalt und der schnellen, sorgfältigen Berichterstattung, die die Saale-Zeitung auszeichnet, durch ein

Probeabonnement

zu überzeugen. Alle wichtigen Tagesfragen, sowie alle bedeutenderen Nachrichten aus Stadt, Provinz, Reich und aller Welt werden in der

Saale-Zeitung

stets sofort mitgeteilt und ausführlich behandelt. Der neuerdings beträchtlich erweiterte **Handelsteil** bringt einen ausführlichen Kursbericht der Berliner Börse, und zwar früher als die Berliner Blätter selbst; auch die wichtigsten Kurse der Leipziger Börse erscheinen nirgends so frühzeitig im Druck, als in der „Saale-Zeitung". Der im Verhältnis zu dem Gebotenen äußerst billige Abonnementspreis ermöglicht es jedermann in der Provinz, auch neben seinem Lokalblatte diese große zweimal täglich erscheinende Tageszeitung zu halten und wir bitten daher, die Saale-Zeitung probeweise für die Monate

Februar und März

zu bestellen. Neu hinzutretende Abonnenten erhalten den Anfang des laufenden Romans kostenlos nachgeliefert.

Abonnementspreis: in Halle monatlich 85 Pfg. bei täglich einmaliger und 1 M. bei zweimaliger Zustellung, bei Postbezug 1,09 M. monatlich (exkl. Bestellgeld).

Probenummern kostenlos und franko durch die Expedition der „Saale-Zeitung" Halle S., Gr. Brauhausstraße 17.

Ministerium 42.

Der Finanzminister des Kabinetts Combes wird sich am Mittwoch der französischen Deputiertenkammer als der neue Ministerpräsident vorstellen. Rouvier stammt aus derjenigen politischen Generation, die nach dem Zusammenbruch des zweiten Kaiserreichs ihre öffentliche Laufbahn begann. In der Nationalversammlung von 1871 gehörte er zur äußersten Linken. Sein erstes Ministerportefeuille hatte er als Handelsminister in dem Kabinett Gambetta im Jahre 1881 inne, das gleiche Amt verwaltete er bald darauf (1884/85) im Ministerium Ferry. Rouvier war selbst kurze Zeit, von Mai bis Dezember 1887, Ministerpräsident, wobei er gleichzeitig die Ressorts der Finanzen, sowie der Post- und Telegraphenverwaltung inne hatte. Von 1889—1892 war er dauernd Finanzminister, so im zweiten Ministerium Tirards, unter Freycinet, Loubet und Ribot. Der Panama-Skandal wurde ihm verhängnisvoll, er legte seine Aemter und Würden nieder, konnte aber, nachdem die gegen ihn erhobene Anklage niedergeschlagen war, im Jahre 1893 in der Deputiertenkammer wieder erscheinen und 1894 den Vorsitz der Budgetkommission übernehmen. Im Juni 1902 machte Combes ihn zu seinem Finanzminister, in der Hoffnung, in Rouvier den richtigen Mann zu finden, um das französische Staatsdefizit einzuschränken, und die französischen Finanzen durch die Einführung der progressiven Einkommensteuer in Ordnung zu bringen. Das erstere gelang Rouvier, indem er vielfache Ersparnisse in den verschiedensten Zweigen der Verwaltung, auch bei der Armee und Marine, durchführte. Von der Unterzeichnung der progressiven Einkommensteuer hat Rouvier bis zum letzten Augenblick sich angeblich infolge von Krankheit ferngehalten.

Rouvier ist aus dem radikalen Lager hervorgegangen, aber er hat sich immer weiter nach der Mitte zu und in finanzpolitischer Beziehung fast nach rechts hin entwickelt. Darum dürften ihm die Freunde Mélines, der ehemals mit Hilfe der Rechten seine klerikal-freundliche Politik führte, manche Sympathie zuwenden, während ihm die radikalen und gemäßigten Sozialisten, obwohl die sozialistisch-radikalen Gruppen der Kammer durch drei Mitglieder, Berteaux, Dubief und Bienvenu Martin, im Kabinett vertreten sind, nicht ohne weiteres Vertrauen entgegenzubringen vermögen. Die beiden Gruppen der sozialistisch-radikalen Linken und der äußersten Linken der Kammer erwarteten mit Bestimmtheit, daß aus ihren Reihen der Ministerpräsident hervorgehen werde, aber Rouvier gehört der gemäßigten republikanischen Vereinigung des Senats an, ebenso wie Poincaré und Dupuy, und diese drei Männer bilden den Kern des neuen Ministeriums, während der stark nach rechts schillernde Delcassé, ferner Etienne und Pelletans Freund Thomson zur demokratischen Vereinigung gehören, und bisher nur Niaux die radikale Linke repräsentiert, da noch ungewiß ist, aus welcher Partei der Minister der öffentlichen Arbeiten genommen wird. Nach dieser Parteigruppierung ist ersichtlich, daß Rouvier den Versuch unternimmt, ähnlich wie Waldeck-Rousseau ein Ministerium der Linken zu bilden, das recht verschiedenartige Elemente umfaßt, das aber einigermaßen auch an die Mélinesche Tradition anknüpft. Auf das Programm des neuen Kabinetts muß man gespannt sein. Es sieht nicht aus wie ein Aktionsministerium, sondern trägt unverkennbar die Zeichen der Verschleppungspolitik an der Stirn. Viel Initiative wird es sicher nicht entfalten. Freilich hat Rouvier, entsprechend der Forderung in dem bekannten Combesschen Briefe, vorläufig Ribot, Combes' scharfen Gegner, und die dissidierenden Radikalen bei der Kabinettsbildung übergangen. Aber was hindert ihn, sobald er den ersten Kammersturm überstanden hat, sein Ministerium nach dieser Richtung hin zu ergänzen?

Die Signatur des neuen 42. Kabinetts der Republik ist schon angedeutet. Es ist kein Kampfministerium; es wird allerdings gewiß nicht mit der Forderungen des alten republikanischen Blocks zurückhalten, aber daß es sie ernstlich verwirklichen wird, darf man kaum annehmen. Rouvier ist zu vorsichtig und zaghaft, möchte es mit niemand verderben und wird nicht nur versuchen, der Politik der Trennung der Kirche vom Staat Einhalt zu tun, sondern auch wie bisher die Steuerreform unter den Tisch fallen zu lassen. Denn das kann niemand leugnen, daß er kein Freund der progressiven Einkommensteuer ist, die unter einem Kabinett Brisson ganz andere Aussichten gehabt haben würde. Es fehlt dem Kabinett die impulsive treibende Kraft und daher wird es bald scheitern, denn die führenden Männer der Linken in der Kammer wie im Senat werden Wert darauf legen, daß dem Lande dauernd die Richtung der Entwicklung gegeben werde, welche durch die Politik des Blocks der Linken in den letzten Jahren festgelegt worden ist. Man wird nicht zu pessimistisch urteilen, wenn man zu der Ansicht neigt, daß das neue Kabinett in hohem Maße die Möglichkeit gibt, die Gegensätze zwischen den Gruppen der Linken, die Waldeck-Rousseau beigelegt hatte, wieder zu entfachen, wodurch eine Zersplitterung des Blocks herbeigeführt werden muß, was schließlich wieder den Klerikalen zu gute käme.

In der Affäre Peigné wird das neue Kabinett die erste Probe seiner Lebensfähigkeit zu erweisen haben. Peigné, Kommandeur des 9. Armeekorps, hatte sich in einem Briefe an den Generalsekretär der Loge vom Grand Orient zu einer Politik der „Demokratisierung und Entkuttung" seines Armeekorps bekannt, und dadurch den Haß der Nationalisten in hohem Maße hervorgerufen. Das Kabinett Combes lehnte es ab, ihn zu maßregeln, und schob in seinem Falle wie in den ähnlichen Fällen der Majore Begnicourt, Pasquier und Bouqueron die Entscheidung dem nachfolgenden Kabinette zu. Eine Interpellation der Nationalisten über den Gegenstand ist bereits angekündigt. Der Fall liegt insofern für Rouvier bedenklich, als sowohl er wie auch der Kriegsminister Berteaux dem Kabinett Combes angehört haben, die Verantwortung für die Taten des alten Kabinetts also nicht von sich abwälzen können. Es ist fraglich, ob es Rouvier gelingen wird, diesen ersten Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Außerdem reihen sich an diese Vorkommnisse weitere an, die gleichfalls von den Nationalisten ausgenützt werden, um das neue Kabinett zu stürzen und jede republikanische Regierung unmöglich zu machen. Dahin gehören vor allem Enthüllungen über zwei Korpskommandeure, vier Divisionsgenerale und zwei Brigadekommandanten, die sich schwere Soldatenmißhandlungen haben zu schulden kommen lassen. Es ist bekannt geworden, daß sie bei ihren Züchtigungen mit einer raffinierten Grausamkeit verfuhren. Alle diese Fälle bilden ein solch gravierendes Material gegen die Zustände, die in der Armee unter dem republikanischen Regime eingerissen sind, daß die Nationalisten sich nicht mit einfachen Regierungserklärungen begnügen, sondern immer wieder mit ihren Vorwürfen aufwarten werden, bis sie die Regierung mürbe gemacht und ihr die Mehrheit entfremdet haben, wenn sie überhaupt eine große Mehrheit erhält.

Die Republik steht infolge des Konflikts, der mit der Armee ausgebrochen ist, wieder auf dem toten Punkt, auf dem sie stand, als der Fall Dreyfus zuerst den Gegensatz zwischen Offizierkorps und Staatsregierung aufdeckte. Die französische Republik kann gerade jetzt eine starke, entschlossene Regierung nicht entbehren. Daß Rouvier der geeignete Mann für den gegenwärtigen Augenblick ist, wird er erst noch zu erweisen haben. Nach seinen bisherigen Taten wird man begründete Zweifel daran hegen, daß er den Ausgang aus der schwierigen Lage findet. Sein Ministerium wird vermutlich recht wenig zur Befestigung der Republik, der Beendigung der von Waldeck-Rousseau begonnenen und von Combes nicht vollendeten Politik, beitragen, und alsbald wieder in der Versenkung verschwinden.

***

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Der Besuch des Fürsten von Bulgarien in Berlin am 27. Januar erfolgt auf eine Einladung des Kaisers, die in Koburg während der Trauerfeierlichkeiten erging.

— Dienstag nachmittag ist Generalleutnant z. D. v. Livonius gestorben. Er war bis 1903 Kommandant von Posen.

— Mit dem 1. Februar dieses Jahres scheidet der Vorsitzende der Bergwerksdirektion Saarbrücken, Geheimer Bergrat Ewald Hilger, aus dem Staatsdienste aus, nachdem er schon am 17. Januar sein Amt an der Spitze des Saarbrückener Steinkohlenbergbaues an seinen Nachfolger, den Geheimen Bergrat Krümmer aus Dortmund, abgegeben hat.

— Am Krönungs- und Ordensfest sind im ganzen 2903 Orden und Ehrenzeichen verliehen worden, und zwar der Rote Adlerorden in seinen verschiedenen Abstufungen 1101 mal, darunter der Rote Adlerorden 4. Klasse allein 918 mal, der Kronenorden in seinen Abstufungen 700 mal, darunter die 3. Klasse 303 mal und die 4. Klasse 217 mal, der Hausorden von Hohenzollern 39 mal, das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens 120 mal und das Allgemeine Ehrenzeichen 943 mal.

Die akademische Freiheit.

Es gibt wenig Freiheit im Deutschen Reiche, eine akademische, dachte man aber bisher, gibt es gewiß! Aber die Behörde will auch diese nicht mehr gelten lassen. Darüber geben die Verhandlungen Aufklärung, die zwischen den Mitgliedern des Studentenausschusses der Technischen Hochschule in Hannover und den Regierungsvertretern am Sonnabend geführt worden sind. Zur Debatte stand die Auflösung des Studentenausschusses.

Bei dieser Gelegenheit wurden die Ausschußmitglieder seitens der Regierungsbehörde, wie der „Hann. Cour." mitteilt, darüber belehrt, seiner Entwickelung nach sei ein studentischer Ausschuß ein Organ zur Vermittelung zwischen Rektor und Studentenschaft und zur Ausführung der Anordnungen der akademischen Behörde; er trete z. B. in Funktion bei Veranstaltung von Fackelzügen oder wie zuzeit beim Kaiserkommers. Diese Auffassung der Pflichten ohne Rechte fand bei den Ausschußvertretern keinen Anklang, und sie setzten ihr die andere entgegen, man habe bislang den Studentischen Ausschuß keineswegs als Organ zur Beschaffung fehlender Kleiderhaken in der Hochschule oder zur Veranstaltung von Fackelzügen angesehen, sondern als ein solches zur Vertretung der studentischen Gemeininteressen und zur Ausführung der Beschlüsse der Studentenschaft, gewissermaßen als ein Parlament derselben. Dem darauf folgenden Vorwurf, die Studentenschaft wolle demnach politische und kirchliche Fragen behandeln, wurde die Erklärung entgegengesetzt, die Studentenschaft wolle dies ganz und gar nicht, sie beanspruche nur das Recht, ihre Ansichtungen gemeinsam mit anderen Hochschulen vertreten zu können. Nunmehr hielt man den Ausschußvertretern vor, die Studentenschaft führe immer das Wort „akademische Freiheit" im Munde, wolle dabei aber die gleichberechtigten katholischen Verbindungen ausschließen. Diese Auslegung wurde von den Ausschußvertretern dahin berichtigt: Die angedeutete Bewegung sei keineswegs nur gegen die katholischen Verbindungen gerichtet, sondern überhaupt gegen Gruppen, welche durch ihr Verhalten die akademische Freiheit gefährden. Ueber das Wesen der akademischen Freiheit belehrte man die Ausschußvertreter durch folgende Aufklärungen:

„Akademische Freiheit, was Sie darunter verstehen, das wäre also nach Ihrer Auffassung der Zustand der allgemeinen Unordnung"

und:

„Akademische Freiheit, das ist ein Begriff, den wir gar nicht kennen und den Sie sich erst selbst gebildet haben."

Die Erörterungen fanden ihren Abschluß, als nach einer Bemerkung, daß jeder Aufnahmeberechtigte, sei er Christ, Jude, Russe oder sonstiger Ausländer, an unseren Hochschulen aufgenommen werde und gleichberechtigt sei, ein Ausschußvertreter einwarf, deshalb würde man es doch wohl kaum dulden, wenn sich vielleicht Polen zu einer studentischen Korporation zusammenschließen würden.

Akademische Freiheit gibt es also nicht! Dieses Wort ist bezeichnend für den Geist, der in der preußischen Unterrichtsverwaltung herrscht und reiht sich den übrigen Taten der Regierung des Kultusministers Studt würdig an. Die Städte haben keine freie Selbstverwaltung mehr, die Studenten keine akademische Freiheit. Nur der Heilige Bureaukratius und das römische Zentrum gelten noch etwas in Preußen-Deutschland. Wir gehen geradezu russischen Zuständen entgegen; aber man darf wohl überzeugt sein, daß die freie akademische Jugend sich ihre Ideale in keiner Weise verkümmern lassen wird und fest und treu zur akademischen Freiheit hält. Das Wort „Frei ist der Bursch!" soll niemals an den deutschen Hochschulen zur Unwahrheit werden, trotz aller Philister, mögen sie sitzen, wo sie wollen.

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Die Bürgerschaft Bochums veranstaltete am Sonntag nachmittag auf dem Schützenhofe eine Massenkundgebung für die streikenden Bergleute. Der große Saal war von etwa 6000 Personen angefüllt, die sich aus allen Ständen rekrutierten. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Gewerkschaftssekretär Schmidt nahm das Wort der Sekretär des christlichen Gewerkvereins Effert aus Altenessen. Mit dem Ausstand von 220,000 Bergleuten, so führte er aus, habe der Streik seinen Höhepunkt erreicht. Effert konnte dann mitteilen, daß zwischen der Verwaltung der Zeche Freie Vogel—Unverhofft und der Siebenerkommission der Bergleute ein Vertrag abgeschlossen sei, nach welchem die Verwaltung einen Arbeitsausschuß auf der Zeche errichte, die Seilfahrt nach Vollendung des zweiten Schichtbeginns um eine halbe Stunde herabsetze und den Lohn erhöhe. Man sehe, es lasse sich auch mit Arbeitervertretern verhandeln. Seine Schlußmahnung, auszuhalten im Kampfe, wenn er auch 5 Wochen dauere, rief einen demonstrativen Beifall hervor. Eine Resolution, welche folgenden Wortlaut hatte, wurde einstimmig angenommen: „Die am 22. Januar im Schützenhof zu Bochum tagende, von mehr als 6000 Arbeitern und Bürgern besuchte Versammlung erklärt sich mit den streikenden Bergleuten solidarisch, die Bergleute erklären einstimmig, im Streik auch ferner auszuharren, bis die Führer die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit ausgeben. Die Bürger begrüßen mit lebhaftem Beifall die Aufforderung, die streikenden Bergarbeiter in diesem Riesenkampfe um ihre große Sache moralisch und finanziell zu unterstützen, bis der Sieg auf Seiten der Bergleute ist." Die Haltung der Bergarbeiter ist fortgesetzt eine musterhafte.

In einer vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufenen Arbeiterversammlung in Mannheim ergriff auch der Mann-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050124029/fragment/page=0001

heimer Zentrumsführer Landtagsabgeordnete Amtsgerichtsdirektor Gießler das Wort, um, wie er sagte, den Sympathien der bürgerlichen Elemente für die Streikenden im Ruhrgebiet Ausdruck zu geben und zu ihrer Unterstützung aufzufordern.

In den drei größten Maschinenfabriken in München-Gladbach wurde einem größeren Teil der Arbeiter wegen Kohlenmangels gekündigt.

Die Zementfabriken in Misburg bei Hannover haben wegen Kohlenmangels den Betrieb nunmehr ganz eingestellt.

Die Dresdener Gewerkschaften erheben Extrabeiträge für die Ruhrbergleute. Die Metallarbeiter beschlossen, sofort zweitausend Mark zu schicken.

Wegen stockender belgischer Kohlenzufuhr stellen die Eschweiler-Köln Eisenwerke den Betrieb ein.

Parlamentarisches.

— Der Landtagsausschuß von Sachsen-Koburg-Gotha ist am Montag zur Beratung der Domänenvorlage zusammengetreten.

Parteinachrichten.

— Auf dem Nationalliberalen Parteitag der Pfalz wurde nach einem Referat Dr. Bürklins über die politische Lage eine Resolution angenommen, welche den Anschluß an das Wahlprogramm und den Wahlaufruf der Liberalen des jenseitigen Bayerns ausspricht. Der Kampf gegen das Zentrum und seine Schutztruppen soll auch im Zusammenwirken mit den rechtsstehenden Parteien geführt werden. Dabei sollen die Besonderheiten der pfälzischen Verhältnisse berücksichtigt werden.

Volkswirtschaftliches.

— Die „Statist. Korr." veröffentlicht wiederum eine Tabelle über die Entwicklung der Vermögen in Stadt und Land. Danach hat sich das gesamte Vermögen der Steuerpflichtigen mit über 3000 M. Einkommen während der Jahre 1895 bis 1902 in den Städten um 33,7 Proz., d. h. also um mehr als ⅓, auf dem Lande nur um 18,8 Proz., also noch nicht um ⅕ vermehrt. 1895 war das Einkommen dieser Steuerpflichtigen in den Städten 2,5 mal so groß, im Jahre 1902 sogar 2,75 mal so groß wie auf dem Lande. Der prozentuale Anteil des Grundvermögens an dem Gesamtvermögen hat sich auf dem Lande während der angegebenen Zeit von 64,4 auf 60,8 vermindert.

Kirche und Schule.

— Die Weingart-Frage ist erledigt, da Pastor Weingart seine Bewerbung in Osnabrück als völlig aussichtslos zurückgezogen hat.

Medizinalwesen und Hygiene.

— Der Dresdener ärztliche Bezirksverein erklärte die von der Ortskrankenkasse den Kassenärzten gewährte Pensionsberechtigung für standesunwürdig und betonte den Ehrenrat mit der Angelegenheit.

Heer und Flotte.

— „Stein" ist am 19. Jan. in Syrakus eingetroffen, an demselben Tage nach Palermo in See gegangen, am 21. Jan. dort angekommen und geht am 28. Jan. nach Algier in See. „Vineta" ist am 17. Jan. in Kribi, am 18. Jan. in Fernando Po und am 20. Januar in Victoria (Kamerun) eingetroffen. „Seeadler" ist am 21. Jan. von Tsingtau nach Futschau in See gegangen. „Hansa" geht mit dem 2. Admiral des Kreuzergeschwaders, Konteradmiral Graf v. Moltke, am 22. Jan. von Tsingtau nach Wusung in See.

Koloniales.

— Zu dem Konflikt in der Budgetkommission des Reichstages über den für das Reich so ungünstigen Vertrag, den das Kolonialamt mit der Firma Koppel wegen der Vorarbeiten für eine Bahn Windhuk-Rehoboth abgeschlossen hat, schreibt selbst die kolonialenthusiastische „Köln. Ztg.": „Die Regierung mag sehen, wie sie aus der Sackgasse, in die sie sich verfahren hat, herauskommt und wie sie das Geld erhält, um die eigenmächtig eingegangene Verbindlichkeit gegen die Firma Koppel zu lösen. Wir sind mit der überwiegenden Zahl der Staatsrechtler der Ansicht, daß ein solcher Vertrag, abgeschlossen von einem Regierungsbeamten über Gelder, die ihm nicht zur Verfügung stehen und nachträglich nicht bewilligt werden, null und nichtig ist. Das Plenum des Reichstags wird jetzt in der Frage zu entscheiden haben."

— Der Ablösungstransport für Kiautschou, Transportführer Major Credner, bestehend aus 13 Offizieren, 12 Deckoffizieren und Feldwebeln, 88 Unteroffizieren, 694 Mann und 2 Zivilbeamten, hat am Sonntag von Wilhelmshaven aus mit dem Dampfer „Frankfurt" die Ausreise angetreten. Konteradmiral Gulich verabschiedete die Truppen mit einem Hurra auf den Kaiser. Eine große Menschenmenge hatte sich am Ufer eingefunden; die Musikkapelle des Seebataillons spielte als der Dampfer um 1 Uhr 5 Min. die Schleuse passierte.

— Von Zinsbruck ging ein Transport von hundert Arbeitern nach Deutschsüdwestafrika. Diese Arbeiter sind Tiroler und wurden von Agenten für Bahnbauten angeworben.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung".)

125. Sitzung vom 23. Januar, 1 Uhr.

(Schluß.)

Abg. **Zimmermann** (fortschrittl.): Von einem Vorgehen des Staates gegen das Großkapital ist nicht die Rede. Die Kohlenbarone scheinen sogar zu fordern, daß die preußische Polizei ihnen Bütteldienste leiste. Die Regierung sagt, sie will neutral bleiben, will sie sich denn die Nasenstüber des Kohlensyndikats fortgesetzt gefallen lassen? Die Regierung muß die Schlafmütze der Neutralität von den Locken ziehen und dem Kohlensyndikat die Zähne zeigen, indem sie die Klinke der Gesetzgebung ergreift. (Heiterkeit.) Das Großkapital ist geradezu eine Gefahr, das sehen wir schon an den Warenhäusern, obwohl die Sozialdemokraten die **Warenhäuser** und ihre **Juden** nicht bekämpfen. Da sind wir konsequenter. Wohin soll es führen, wenn man Minister aus den Kreisen des Großkapitals nimmt? Wenn der goldenen Internationale nicht Dämme gezogen werden, wird triumphieren die rote.

Abg. **Bömelburg** (Soz.): Auf die Rede des Abg. Dr. Beumer kann man nicht viel geben, da er ja von den Unternehmern informiert ist. Die Mitteilung des Abg. Dr. Beumer über **hohe Brotpreise** der sozialdemokratischen Bäckereien ist falsch, es gibt in der ganzen Gegend keine sozialdemokratische Brotbäckerei. Die Arbeiter im Wahlkreise Duisburg haben Herrn Dr. Beumer gewählt, aber sie werden sich nach seiner vorgestrigen Rede hüten, ihn zum zweiten Male zu wählen. Die Regierung hat jetzt eine Niederlage erlitten, wie sie wohl niemals eine Regierung erlitten hat. Aber die Regierung erntet nur das, was sie gesät hat. Die Herren von der rheinisch-westfälischen Industrie kennen die Hintertreppenpolitik, oft genug haben sie soziale Reformen hintertrieben. Aller Respekt vor der Regierung im Lande muß ja verloren gehen, wenn sie sich so behandeln läßt. Das Säbelrasseln des **Reichskanzlers** war überflüssig. Es wäre besser gewesen, wenn der Handelsminister außer den längst bekannten **Gesetzen den Achtstundentag für Bergarbeiter** und obligatorische **Arbeiterausschüsse uns gebracht** hätte. Viel geklagt wird über Ausschreitungen der Polizei, während selbst der Bürgermeister von Witten die musterhafte Ordnung der Streikenden anerkannt und dies auch in einer Arbeiterversammlung zum Ausdruck gebracht hat. **Wenn die Bürgermeister alle so** wären und persönliche Fühlung mit den Arbeitern nähmen, brauchten wir gar keine Polizei. Eine ganz andere Haltung nahm der Bürgermeister von Dortmund ein. Er drohte in Anschlägen mit Zuchthausstrafe, gestützt auf eine Verordnung aus dem Jahre 1846. Gerade in Dortmund, wo ein alter, ruhiger Bergarbeiterstand wohnt, wären solche Anschläge entbehrlich. Vielleicht fürchtet der Bürgermeister von Dortmund, der bekanntlich als Aufsichtsrat 20—30,000 Mark bezieht, daß ihm bei einem langen Streik etwas verloren gehen könnte und schlägt deshalb mit dem Polizeiknüppel drein. Was Herr von Heyl über die Tätigkeit sozialdemokratischer Räte in der Schweiz sagt, war nur zum Teil richtig. In St. Gallen war der sozialdemokratische Vertreter Scherer gar nicht bei der Beratung anwesend; in Basel hat der Sozialdemokrat am ersten Tag gerade nicht mein gesagt, daß Militär geholt werden sollte, am zweiten aber hat er sich entschieden dagegen ausgesprochen. Man spricht so viel von den Ausschreitungen der Streikenden, aber auf vielen Zechen hat man den Arbeitswilligen Stöcke in die Hand gesteckt, auf der Zeche Kaiserstuhl sind sogar **65 Todschläger mit Bleikugeln den Arbeitswilligen gegeben.** (Redner zeigt einen solchen Todschläger vor.) Ich lege die Waffe auf den Tisch des Hauses nieder. Wir wünschen, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird, aber durch solche Mittel geschieht es nicht. Bisher ist keine erhebliche Unruhe vorgekommen. Ich hoffe, daß die Regierung endlich Maßnahmen trifft, damit die Sache so bald als möglich zu einem gedeihlichen Abschluß kommt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **v Heydebrandt** (kons.): Die Erklärung des Herrn v. Normann ist vielfach mißverstanden worden. Wir haben nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die Arbeitgeber Kontraktbruch geübt haben. Allerdings wird das **Stillegen der Zechen** von uns auch nicht gebilligt. Wir wünschen es auch nicht, daß das reine Geldinteresse so in die Erscheinung tritt, daß wichtige nationale Interessen dadurch geschädigt werden. Aber was geschehen ist, rechtfertigt noch nicht den Kontraktbruch der Arbeiter. Besser wäre es vielleicht, wenn der bergbauliche Verein sich auf Unterhandlungen eingelassen hätte, dann wäre dem Streik die Schärfe genommen. Aber gerade in unserer heutigen Zeit muß man die Frage des Rechtes scharf betonen, und die Arbeiter haben sich über bestehende Verträge hinweggesetzt. Auf der anderen Seite sind wir gern bereit, in wohlwollende Erwägungen einzutreten, wenn die formale Rechtsverletzung beseitigt ist, wenn die Arbeiter zur Arbeit zurückkehren. Wir haben volles Verständnis für die Lage der Bergarbeiter und für die großen und schweren Gefahren, unter denen sie arbeiten. Wir haben nicht nur ein Herz für unsere Arbeiter, sondern für die Arbeiter überhaupt. So weit vorgeschritten sind wir auch (Heiterkeit links), daß wir das Recht der Arbeit anerkennen. Und wir ziehen daraus auch die nötigen Konsequenzen. Wir haben **ein Verständnis für den vierten Stand.** Aber der vierte Stand soll sich seiner Pflichten bewußt werden, er soll in dem Arbeitgeber nicht seinen Ausbeuter, sondern den Vermittler der Arbeit sehen. Unter diesem Vorbehalt stehen wir der Bewegung der Bergarbeiter sympathisch gegenüber. Auch ich bin dafür, daß die Fabrik zu einem konstitutionellen Gebilde wird. Aber heute wird sie vielfach zu einem Absolutismus der Arbeiter (Gelächter bei den Soziald.) Die **Organisation der Arbeiter** wollen wir **gern anerkennen,** aber sie darf nicht zum Terrorismus führen. Auch den nichtorganisierten Arbeiter muß man respektieren, das ist ein Gebot der Menschlichkeit und Freiheit. Gegen die **Auswüchse der Unternehmerorganisation,** wie sie hier zutage getreten sind, soll die Macht des Staates eintreten. Dafür sind auch wir. Desgleichen halten wir die **Revision der Berggesetzgebung** für dringend geboten. Für eine parlamentarische Enquete können wir uns aber nicht erwärmen, weil darin ein Ausdruck des Mißtrauens gegen die Regierung zu sehen ist, die sich hier so wohlwollend gegen die Arbeiter verhalten hat (Abg. **Bebel** ruft: Keine Spur!) Herrn Stöcker muß ich doch in einem Punkte widersprechen. Ich habe vor ihm die größte Hochachtung als Mensch und als Organisator. Wenn das Kapital Pflichten auferlegt, so hat die Arbeit auch solche. Die Ordnung der Arbeit ist eine gottgewollte. Von diesem Standpunkt aus wollen wir an die Regelung dieser Sache herangehen, mit vollem echten Wohlwollen, aber auch mit Gerechtigkeit nach beiden Seiten. Nur so kann der Friede kommen. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt:

Abg. Dr. **Beumer** (nl.): Wenn Herr Boemelburg hier festgestellt hat, ich sei zum größten Teil durch Arbeiterstimmen in den Reichstag gewählt worden, so ist mir diese Feststellung sehr angenehm. (Heiterkeit).

Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr (Interpellation Büsing, betr. die **Verfassung Mecklenburgs**).

Schluß 5¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung.")

Abgeordnetenhaus.

123. Sitzung vom 23. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Moeller, v. Podbielski u. a.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Beteiligung des Staates an der **Bergwerksgesellschaft Hibernia.**

In der Generaldebatte bemerkt:

Abg. **Schmieding** (nl.): **Der Gesetzentwurf wird ja mit großer** Mehrheit angenommen werden, aber doch hat niemand so recht eine Freude daran. Der Minister meinte, der Staat müsse einen größeren Einfluß im Ruhrrevier haben, und den zu gewinnen, dazu solle dieser Gesetzentwurf dienen. Aber der Staat hat jetzt schon einen genügenden Einfluß auf den Kohlenbergbau als Produzent, Konsument und vermöge seiner Tarifhoheit. Ueber die Stellungnahme des Abg. Oeser für den Entwurf muß ich mich sehr wundern. Er scheint vor diesen **ersten Schritt zur Verstaatlichung** des Bergbaues keine Furcht zu haben. Früher hatte ja der Staat einen viel größeren Einfluß auf den Kohlenbergbau. Aber erst als dieses Staatsmonopol gebrochen wurde, entstand die Blütezeit des Kohlenbergbaues. Im übrigen mache ich darauf aufmerksam, daß im Saargebiet, wo der Staat den Kohlenbergbau ganz in Händen hat, die teuersten Kohlenpreise von ganz Deutschland bestehen. Diese Vorlage ist der erste Schritt zur vollständigen Verstaatlichung des Kohlenbergbaues im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Hauptsächlich aus diesem Grunde bin ich mit einem kleinen Teil meiner politischen Freunde gegen den Entwurf. Hier heißt es: Principiis obsta! (Redner ist bei der großen Unruhe des Hauses fast unverständlich.) Redner spricht zum Schlusse sein Bedauern aus über die Haltung des Ministers im Reichstag dem Bergbauverein gegenüber.

Minister **Moeller** erklärt einer weiteren Aeußerung des Vorredners gegenüber, wenn die Mehrheit des Hauses einen Eintritt des Staates in das Kohlensyndikat mit seinen jetzt schon erworbenen staatlichen Grubenfeldern wünsche, so wolle er seine Bedenken dagegen fallen lassen. Daß im Saarrevier jetzt höhere Kohlenpreise sind, liege daran, daß der Staat nicht wie das Syndikat Kontrakt auf längere Zeit zu einem niedrigeren Preise abgeschlossen habe. Jetzt die Marktkonjunktur nicht auszunutzen, würde vom Staat gewissenlos gehandelt sein. Daß der Bergbauverein es abgelehnt habe, in kontraktbrüchige Verhandlungen einzutreten, habe er im Reichstage mit Recht einen politischen Fehler genannt. (Zustimmung.)

Abg. **Brust** (Ztr.) bemerkt, der Staat solle, wenn er die **Hibernia-Aktien** erworben habe, seinen Einfluß auch nach der Richtung geltend machen, daß er eine vernünftige Lohnpolitik verfolge. Er bitte die Regierung, doch einmal eine Statistik über die Dauer des durchschnittlichen Lebensalters der Bergleute aufnehmen zu wollen. Es werde sich dann zeigen, daß sie viel kürzer sei, als die von Fabrikarbeitern. Was das Nullen der Wagen anlange, so sei es ja richtig, daß der Lohnabzug den Unterstützungskassen zufließe, aber die geförderte und gemillte Kohlenmenge komme doch dem Unternehmer zugute. Der Staat müsse bemüht sein, seine eigenen Bergwerke zu Musterbetrieben zu machen. Hoffentlich werde es dem Staat gelingen, die Aktien der Hibernia schließlich sämtlich an sich zu bringen.

Abg. **Hirsch** (Essen, ntl.) meint, die Vorlage sei nicht geeignet, der Regierung irgend einen wesentlichen Einfluß im Ruhrkohlenrevier zu sichern, wohl aber sei sie geeignet, Beunruhigung in den ganzen Kohlenbergbau zu bringen. Redner äußert sich sodann über den Bergarbeiterausstand in demselben Sinne wie Abg. Beumer im Reichstage. Das **Verhalten des Bergbauvereins sei durchaus gerechtfertigt.** Mit kontraktbrüchigen Arbeitern könne er nicht verhandeln. Die von den Bergarbeitern vorgebrachten **Beschwerden seien unbegründet.** Redner sucht dies im einzelnen nachzuweisen. Den Hus und die übrigen sogenannten Arbeiterführer nenne man besser „Arbeiterverführer".

Minister **Möller** betont dem Vorredner gegenüber nochmals, daß seine Aeußerung im Reichstage, der Bergbauverein habe einen politischen Fehler begangen, berechtigt gewesen sei. Der Bergbauverein hätte von seinem prinzipiellen Recht nötigenfalls preisgegeben, wenn er mitgewirkt hätte, die Beschwerden in einem kontradiktorischen Verfahren festzustellen. **Wenn die Herren nicht mitwirken wollen, muß ich mir allein helfen.**

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Spezialdiskussion wird die Vorlage ohne Debatte angenommen, ebenso sodann in der Gesamtabstimmung **definitiv.**

Es folgt die zweite Lesung des **Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung.**

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.), es sei ein Tableau aufgestellt worden, auf dem genau verzeichnet sei, an welchen Tagen die einzelnen Teile des Staatshaushaltsetats durchberaten werden sollen, damit endlich einmal der Etat zur richtigen Zeit fertiggestellt werde.

In der weiteren Geschäftsordnungsdebatte erklären sich Redner aller Parteien damit einverstanden, nach dem Tableau zu verfahren.

Präsident **v. Kröcher** konstatiert diese allgemeine Uebereinstimmung und erklärt, nötigenfalls durch Abendsitzungen nachhelfen zu wollen. (Heiterkeit.)

Die **Einnahmen** werden ohne wesentliche Debatte angenommen.

Bei den Ausgaben, Titel „Gehalt des Ministers" nimmt das Wort

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski:** Ich halte mich für verpflichtet, hier vor dem Hause nugefähr die Wege anzugeben, auf denen meine Verwaltung in den folgenden Jahren vorwärts zu schreiten hat. Der Regierung und auch mir persönlich ist der Vorwurf gemacht worden, daß in den diesjährigen Etat keine Summe eingestellt sei, um auf dem Gebiete der **Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes** weiter fortzuschreiten. Das war meines Erachtens nach (Heiterkeit) für die Staatsregierung noch völlig unmöglich, selbst beim besten Willen nicht, weil wir bei den Gegenkontrahenten nicht auf ein Eingehen auf unsere Wünsche zu rechnen vermochten. Es ist für mich interessant gewesen, zu sehen, wie eigentümlich die Verhältnisse gerade der Entschuldung liegen, wie selbst von den Herren, die sich immer für eine Aufteilung des Großgrundbesitzes aussprechen, mit einem Mal bei der Entschuldungsfrage gesagt wird: Das ist ganz etwas anderes. Die agrarpolitische Entwicklung aller Länder zeigt die große Gefahr, daß **kleine und mittlere Betriebe sich nicht halten können,** daß sie immer tiefer in die **Abhängigkeit des Kapitals** geraten und damit selbst der Bildung der großen Latifundien vorarbeiten. Sehen Sie sich die agrarpolitische Entwicklung an von der Zeit des römischen Reiches bis jetzt nach Italien und Irland, Sie sehen immer dieselbe Vernichtung des kleinen Besitzes. Darum müßten Sie gerade (nach links), die Sie immer betonen: „Ja, ihr kauft euren ländlichen Besitz zu teuer", wenn Sie diesen Satz konsequent verfolgen wollen, für eine **Eintragung der Verschuldungsgrenze** sein, denn nichts ist geeignet, den Grundbesitz billiger zu machen, als eine solche. Wer aber sich der Eintragung einer Verschuldungsgrenze widersetzt, also gewissermaßen dazu beiträgt, daß sein Grundbesitz entwertet wird, der muß auch wiederum etwas dagegen eintauschen. Sie mögen mir Doktoren aller Sorten herbeiführen (Heiterkeit), der Satz bleibt bestehen: Wollen Sie die Entschuldung, so gehört dazu **billiges Geld und starke Amortisation.** Ohne das ist eine Entschuldung ein Unding. Und gerade die Herren, die für die Aufteilung plaidieren, müßten die landwirtschaftliche Verwaltung unterstützen, daß wir billiges Geld und eine starke Amortisation den kleinen Besitzern zur Verfügung stellen können, denn nur so läßt sich dem Vaterlande ein **gesunder Bauernstand** erhalten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Erst wenn wir für die Erhaltung des **bestehenden** Bauernstandes gesorgt haben, können wir an die Schaffung **weiteren** bäuerlichen Besitzes herangehen. Es ist eines der ersten Postulate einer Verwaltung: Entschuldung und Eintragung der Verschuldungsgrenze. Die **Eintragung** kann entweder durch **Vertrag** erfolgen oder auf grund **gesetzlicher** Vorschrift. Ich halte das letztere für das richtigere, und bin bereit, falls das Staatsministerium mir zustimmt, noch in diesem Jahre eine entsprechende Vorlage einzubringen. Die märkische Landschaft ist bereit, für diesen Zweck eine Million zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite möchte ich aber doch auch noch einige Versuche mit der vertragsmäßigen Einführung der Verschuldungsgrenze machen. Wir dürfen die Sache keinesfalls schlafen lassen. Mit der Entschuldungsfrage steht in innigem Zusammenhang die Frage der **inneren Kolonisation.** Ich möchte im Ansiedelungsgeschäft am liebsten gar keine Erwerbsgesellschaften haben, sondern nur provizielle Siedelungsgenossenschaften, die aus dem Zwei-millionenkredit Mittel zum Güterankauf an die Hand bekommen. Wir müssen das Hauptgewicht darauf legen, daß nicht auf jeder neugegründeten Stelle gleich wieder Auflagen sind, die nachher doch abgetragen werden müssen. Nicht für gut erachte ich es, dem anzusiedelnden Bauer auch Wald zu geben, weil der kleine bäuerliche Besitzer ihn gar nicht rationell bewirtschaften kann. (Sehr richtig.) Ferner ist es mein Grundsatz: Schlechter Boden ist auch für den schlechtesten Menschen zu schlecht. (Große Heiterkeit.) Es muß darauf gesehen werden, daß die Leute wirklich guten Boden bekommen, sonst werden es Existenzen ohne Fleisch und Blut. (Erneute Heiterkeit.) An Domänen sind auch eine große Anzahl der Ansiedlungskommission überwiesen worden. Immerhin ist die Schaffung eines großen Domänenbesitzes im Osten für uns von Wichtigkeit. Es ist die beste Vorbereitung für eine spätere Aufteilung, wenn sie auch vielleicht erst in hundert Jahren erfolgen kann. Der Großgrundbesitz im Osten muß erst die großen kulturellen Aufgaben des Ostens erfüllt haben, ehe an eine Parzellierung gedacht werden kann. Die ganze Schaffung der Kommunikationsverhältnisse verdankt der Osten wie der Westen doch im wesentlichen dem Großgrundbesitz. Auch die Frage der Entwässerung, der Drainage kann von dem kleinen Besitzer kaum gelöst werden. Vor allem kann der Großgrundbesitz allein eine **rationelle Waldkultur** durchführen, und dazu ist der schlechte Boden zu verwenden. Ferner muß die Ausbildung des **ländlichen Schulwesens** noch mehr gefördert werden. Eine Aenderung des Dotationsgesetzes ist dazu aber nicht angängig. Die Regierung muß grundsätzlich daran festhalten, daß die Provinzen zur Unterhaltung und Ausbildung des unteren landwirtschaftlichen Schulwesens verpflichtet bleiben; trotzdem ist aber der Finanzminister bereit, mit mir zu erwägen, ob es nicht möglich ist, den weniger leistungsfähigen Provinzen hierin durch **Staatsbeihilfen** — — Vorschub zu leisten. (Heiterkeit.) Das wesentliche ist die Vermehrung der Winterschulen, die Ackerbauschulen haben sich nicht in dem erwünschten Maße bewährt. Ich komme nun zu der Entwicklung der von allen Seiten beklagten Seuchen. Von der Lungenseuche sind wir Gott sei Dank im letzten Jahre

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050124029/fragment/page=0002

ganz verschont geblieben, dagegen haben wir im Frühjahr und Sommer einen Einbruch der **Maul- und Klauenseuche** von Rußland her zu beklagen gehabt. Unserer Veterinärpolizei ist es aber gelungen, sie einzudämmen und auf einzelne Orte zu beschränken. Die Landwirtschaftskammern haben uns hierin auf das Beste unterstützt. Es handelt sich bei der Seuchenbekämpfung immer darum, ob man entweder den ganzen Ort sperrt oder die Stallperre durchführen will, und zwar in der Art, daß bis auf die Katze und den Hund und das Geflügel aller Tiere eingesperren sind, bis die Seuche vorüber ist. Vor allen Dingen darf kein Ausbruch einer Seuche verheimlicht werden. Je mehr die Tatsache der Verseuchung an die Oeffentlichkeit dringt, desto mehr wirkt das auf die Händler dahin ein, daß sie die Finger von einem Vieh lassen, das so verseucht ist, daß es meines Erachtens nach verfaulen werden muß. (Große Heiterkeit; **viele Abgeordnete schütteln sich vor Lachen**). Ich muß nun noch etwas Persönliches hervorheben. Ich stehe dem Abgeordnetenhause stets gern Rede und Antwort. Aber der Presse gegenüber lehne ich das ab. Mögen die Herren über mich schreiben, was sie wollen, es ist mir gleich. (Heiterkeit.) Mich hat es aber interessiert, in den letzten Tagen in einem Blättchen einen Artikel über den guten Ton zu lesen, worin davor gewarnt wird, sich in gemeinen Beschimpfungen und Lügen zu ergehen. Ich stimme dem vollständig zu. Ich frage aber das Haus: Bin ich nicht sehr oft in dieser **ehrkränkenden Weise angegriffen** worden. (Sehr richtig! rechts.) Da wird z. B. von mir erzählt, ich hätte einen ehemaligen Husaren meines Regiments eine Postkaution verschafft, ich hätte ihm die Pachtung von Paulsborn verschafft. Und darunter steht: „Das gibt zu denken." Was damit gemeint ist. — — (Der Minister greift mit beiden Händen in die Taschen). Na! (Große Heiterkeit). Ich kenne den betreffenden Herrn nicht, er hat mir niemals geschrieben. Ich bin nie in seinem Lokal gewesen. Wie sollte ich ihm eine Postkaution verschaffen. Das ging mich gar nichts an, und Paulsborn untersteht mir gar nicht. Nun frage ich Sie: Ist so was nicht ehrkränkend? Gewiß, so gut wie jeder Mensch kann auch ein unfehlbarer Redakteur sich irren. (Heiterkeit). Dann hat er aber auch das nobile officium, das ehrlich zuzugestehen. (Lebhafte Zustimmung rechts). Das geschieht aber niemals. Die Beschimpfung sitzt, der Redakteur zieht die Schultern hoch und, wer getroffen ist, der kann sehen, wie er zu seinem Rechte kommt. Weil ich nun einmal **ein solches Angriffskaninchen** bin (Heiterkeit), so hielt ich mich für verpflichtet, Ihnen das zu sagen. Ich stehe gern dem Hause, Rede und Antwort, aber der hohen unfehlbaren Presse nicht. (Lebhafter Beifall rechts).

Abg. **Graf Proschma** (Ztr.). Wir freuen uns, daß der Landwirtschaftsminister den Finanzminister zu **erhöhten Ausgaben für die Landwirtschaft** veranlaßt hat. Bei dem Gesetz über die Entschuldung wird hoffentlich auch die Linke ihre Mitwirkung nicht verlagen. Wie steht es aber mit dem Gesetz über die **Verunreinigung der Flußläufe?** Das Regulativ für die Domänenverwaltung besteht schon seit 1817 und ist daher wohl jetzt zum Teil veraltet; ich weiß nicht, warum die **Domänenverwaltung** nicht **mit der Forstverwaltung vereinigt** wird. In Schlesien herrscht große Mißstimmung über die Wasserläufe, deren Härten unbedingt beseitigt werden müssen. Ich möchte dem Minister gern sein **Sündenregister für 1904** vorhalten, leider hat er keins aufzuweisen (Heiterkeit), denn die Dürre des letzten Sommers, die der Landwirtschaft sehr schädlich war, kann man ihm doch unmöglich zum Vorwurf machen. Was wird das Jahr 1905 bringen? Wir hoffen noch immer, daß es unter dem Zeichen der neuen Handelsverträge stehen wird. Hoffentlich wird unsere lange Geduld belohnt werden. **Handelsverträge**, deren Signatur **nicht der Schutz der Landwirtschaft** ist, werden vom Reichstage **nicht genehmigt** werden. Auch die kleineren und mittleren Grundbesitzer sind an höheren Getreidezöllen interessiert. Herr Dr. Wiemer machte der Regierung neulich zum Vorwurf, daß sie einseitige agrarische Interessen vertrete. Ist etwa die **Kanalvorlage** ein Zeichen für diese angeblich einseitig-agrarische Interessenpolitik? In der Kanalkommission aber haben die Vertreter der Landwirtschaft mit den Vertretern der Industrie zusammengearbeitet. Erkennen Sie sich doch, daß wir Landwirte auch noch auf der Welt sind! (Sehr richtig!) Wir wollen auch existieren. Und vergessen Sie nicht, daß das Land die besten Soldaten liefert, daß die Größe Preußens auf dem Boden des Agrarstaates entstanden ist und daß der Industriestaat erst noch den Beweis für seine Schaffenskraft liefern muß. Arbeiten Sie mit uns gemeinsam, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, und sorgen Sie dafür, daß das Jahr 1905 ein Jahr der Blüte für die Landwirtschaft wird. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. **v. Dziembowski** (Pole) kritisiert die von der Regierung **erlassenen Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Ansiedlungsgesetz.** Insbesondere sei das im Gesetz vorgesehene **Beschwerderecht** im Falle der Versagung der Genehmigung zu einer Ansiedlung in den Ausführungsbestimmungen nicht gewahrt. Ueber die zur Zeit des Erlasses des Gesetzes bereits anhängigen Sachen sei überhaupt nichts in den Ausführungsbestimmungen enthalten.

Minister **v. Podbielski** verteidigt das Vorgehen der Regierung. Ob das Gesetz auf die zur Zeit seines Erlasses bereits anhängigen Sachen Anwendung finden solle, darüber habe nicht das Ministerium zu entscheiden, sondern die ordentlichen Gerichte. Daß Vorschriften contra legem erlassen seien, müsse er bestreiten. Loyaler als die Regierung das Gesetz ausgelegt habe, hätte es garnicht ausgelegt werden können. Es sei ausdrücklich gesagt, daß Polen nicht grundsätzlich die Genehmigung versagt werden dürfe und daß Deutsche nicht ohne weiteres das Recht zur Ansiedlung haben. Wie könne man da von einer differentiellen Behandlung von Polen und Deutschen reden?

Abg. Dr. **Newoldt** (ft.) begrüßt mit Freuden die beabsichtigte Vermehrung der **Winterschulen** und billigt die Pläne des Ministers **zur Erhaltung des Bauernstandes.** Hoffentlich würden die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung der Landwirtschaft zum Vorteil gereichen.

Das Haus vertagt sich.

Präsident **v. Kröcher**: In strenger Anlehnung an den Beschluß von heute morgen, müßte ich Ihnen eigentlich für heute schon eine Abendsitzung vorschlagen. (Große Heiterkeit.) Aber allzu scharf macht schartig, und deshalb nehme ich davon Abstand.

Auf Anfrage des Abg. **Schmedding** (Ztr.) erklärt

Präsident **v. Kröcher**, daß infolge von Verhandlungen zwischen Mitgliedern des Hauses und der Regierung das **Ausführungsgesetz zum Reichsseuchengesetz** in dritter Lesung voraussichtlich erst am Sonnabend beraten werden könne.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Bericht der Geschäftsordnungskommission über ein Schreiben des Polizeipräsidenten in Kassel betr. die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des „Volksblatt für Hessen und Waldeck", Fortsetzung der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung.)

Schluß 4 Uhr.

Ausland.

Die Blutherrschaft im Zarenreiche.

Militärdiktatur in Petersburg.

Nach Meldungen aus Petersburg erhielten General Wassilitschkow, Kommandant der Petersburger Marschtruppen, General Sacharow und der Stadtpräsekt Foulon eine Art Diktatur für die Zeit des Aufruhrs; sie gaben ein durch das Polizeijournal veröffentlichtes Communiqué aus, welches die rubige Bürgerschaft dazu beglückwünschte, daß sie sich von den Unruhen ferngehalten habe. Das Militär habe im Dienst des Zaren und der Religion, welche durch gottverlassene Priester beleidigt worden sei, schweren Herzens **seine Pflicht erfüllt.** (!) General Sacharow erklärte, daß **Konflikte mit auswärtigen Mächten zu befürchten wären.** „Petit Journal" bestätigt, daß gestern **8½ Uhr eine hochstehende Persönlichkeit** vor einer Botschaft angehalten worden sei, weil sie sich weigerte, den Schlitten zu verlassen, und der Aufforderung, niederzukniien und um Verzeihung zu bitten, Folge zu leisten. Dasselbe Journal meldet, daß die Revolutionäre **zehn dynamitgefüllte Tuben** einer Fabrik entnommen hätten.

Vierzig Stadtverordnete Petersburgs beschlossen, in der am nächsten Mittwoch stattfindenden Sitzung der Duma ein Gesuch an die Regierung um Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen die Folgen der Unruhen zu beantragen.

Die vierte Zivilabteilung des Petersburger Bezirksgerichts stellte ihre Sitzungen ein, da zehn Rechtsanwälte beantragen, die für Montag angesetzten Verhandlungen wegen mangelnder Ruhe zu vertagen. — Auf einem großen Teil des Newski-Prospektes herrschte, da die elektrische Beleuchtung versagte, Dunkelheit, wodurch ein Gedränge entstand. In dem Kaufhofe wurden Versuche gemacht, die Läden zu demolieren. — Der Unruhen wegen haben viele Behörden am Montag keine Sitzungen abgehalten.

In den von der Elektrizitätsfirma „Helios" bedienten Gebäuden erfolgt Montag nachmittag die elektrische Beleuchtung, da nunmehr auch die Arbeiter dieser Firma sich dem Ausstand angeschlossen haben.

Im Stadtteil Wassili-Ostrow war Montag um 2 Uhr nachmittags der Verkehr unbehindert. In den fünften, sechsten und siebenten Straße waren Truppen zusammengezogen. Auf dem Mittel-Prospekt wird das Publikum von militärischen Posten sehr scharf angesehen. Am Sonntag plünderte die Menge einen Kleiderstoffladen, sowie eine der staatlichen Branntweinbuden, woselbst für 3000 Rubel Branntwein vernichtet wurde; hingegen wurde kein Geld geraubt; dieses war vor der Ankunft der Arbeiter an den staatlichen Einnehmer abgeführt worden. Am Montag bewegten sich die Arbeiter in kleinen Gruppen in allen Straßen.

Nach einem Telegramm des „Standard" aus Petersburg sollen in einem Hospitale allein 1200 Schwerverwundete liegen. Auf einer liberalen Versammlung, an der 300 Journalisten teilnahmen, wurde erklärt, die Gesamtzahl der Verluste nähere sich 10,000. — Dem „Daily Telegraph" zufolge verlas Maxim Gorki auf einer Versammlung des liberalen Komitees einen Brief „Vater" Gapons an die russischen Arbeiter, in dem es heißt:

„Es gibt keinen Zaren mehr. Zwischen ihm und der russischen Nation sind heute Ströme Blut geflossen. Es ist hohe Zeit für die russischen Arbeiter, den Kampf für die nationale Freiheit durchzuführen. Ihr habt meinen Segen, morgen werde ich bei euch sein."

Nach dem „Standard" ist Gapon unversehrt entkommen. Maxim Gorki wiederholte auf der liberalen Versammlung und erklärte, der Zar habe sein Prestige völlig verloren. — Nach einem Telegramm des „Daily Telegraph" begab sich eine Deputation des liberalen Komitees in das Alexandrinski-Theater, hielt eine Ansprache an die Zuschauer und verlangte, daß zu Ehren der Toten, die für die Freiheit gestorben seien, die Vergnügungen aufhören sollten. Die Zuschauer applaudierten und verließen insgesamt das Theater.

Der „Central News" wird berichtet, daß die feindliche Haltung des Volkes gegen die Offiziere das ernsteste Symptom sei. Ein russischer General sei erstochen und General Eiler verwundet worden. Viele Offiziere seien in den Seitengassen entwaffnet worden und man habe gerufen: „Kämpft gegen die Japaner, nicht gegen uns."

Der Priester Gapon.

Ueber seine Politik und seine Ziele äußerte sich Gapon folgendermaßen:

Nur politische Zugeständnisse können den Weg für wirtschaftliche Reformen ebnen. Bevor der Streik begann, suchte ich den Polizeipräsekten auf und teilte ihm mit, daß wir die Arbeit einzustellen beabsichtigten, falls unser Los nicht durch Erfüllung unserer ihm schriftlich überreichten Forderungen verbessert werde. Er fragte mich, mit welchem Recht ich für die Arbeiter spreche. Ich antwortete, weil ich ihr Vertrauen genösse, und daß sie meinem Rate folgen würden. Er nahm die Forderungen entgegen und sagte, er würde mit den zuständigen Persönlichkeiten sprechen. Am nächsten Tage benachrichtigte er mich, daß die Forderungen nicht bewilligt werden würden, und dann erst begann der Streik. Ich weise darauf hin, daß ich der Regierung eine billige Gelegenheit gegeben habe, etwas für uns zu tun, ohne daß wir unsere Zuflucht zum Streik nahmen. Die Hindernisse waren politischer Art, und deshalb haben wirtschaftliche Verbesserungen politische Reformen zur Voraussetzung. Daher haben wir unser Programm geändert. Aber wir brauchen die moralische Unterstützung der gebildeten Klassen. Am Sonntag versammeln wir uns um 2 Uhr auf dem Platz vor dem Winterpalast. Wir haben dem Fürsten Mirski mitgeteilt, daß wir den Zaren zu sehen und ihm ein Gesuch um eine Verfassung zu überreichen wünschen. Wir werden ohne rote Fahne, ohne revolutionäre Lieder oder Rufe kommen, einfach als treue Bürger, um den Zaren zu sprechen, der von der Bureaukratie getäuscht worden ist und unsere Bedürfnisse nicht kennt, aber sie, wie wir hoffen, von uns erfahren wird. Wir hoffen, daß wir das Gesuch dem Kaiser überreichen und Worte der Hoffnung von seinen Lippen hören werden. Wenn er ablehnt, wird es eine furchtbare Erhebung geben. Es ist möglich, daß ein Präfekt oder ein Minister kommen wird, um anstatt des Kaisers das Gesuch entgegenzunehmen, aber darauf werden wir nicht eingehen. Wenn unsere Erwartungen nicht erfüllt werden, werden wir der Welt beweisen haben, daß friedliche Mittel vergeblich sind, und wir werden den Versuch nicht wiederholen, sondern mit andern Mitteln unser möglichstes tun. Ich rechne darauf, daß 500,000 Einwohner von Petersburg, darunter 150,000 Arbeiter, sich in der Nachbarschaft des Palastes versammeln werden. Wenn die Polizei oder die Kosaken uns den Weg zum Palast sperren und uns auseinandertreiben, wie es in Moskau mit der Volksmenge geschah, können sie Gewalt anwenden und Blut vergießen. Ich werde in der ersten Linie stehen, wie es dem Führer geziemt, der für den schicksalsschweren Schritt seiner ihm vertrauenden Gefährten verantwortlich ist, und wenn die Regierung uns niederschießen läßt, werde ich als der erste fallen (was aber bekanntlich nicht eingetroffen ist). Vielleicht werde ich am Sonntag mein Leben lassen, aber ich bin überzeugt, daß das vergossene Blut uns die Freiheit bringen und mehr erreichen wird, als die erfolgreichste Agitation. Wenn der Zar weise ist, wird er am Sonntag nach Petersburg kommen, um uns zu empfangen.

Gapon war die letzten Nächte nicht zu Hause in seiner ärmlichen Wohnung im Arbeiterviertel, da er befürchtete, verhaftet zu werden. Auf die Frage, was er tun werde, wenn die Polizei ihn festnehme, antwortete er: „Mich werden sie nicht verhaften, gegen jede derartige Ueberraschung haben wir wirksame Maßregeln getroffen. Ich habe meine Leibwache von Arbeitern und werde nicht mehr zu Hause schlafen." Am Donnerstag erhielt Gapon den Befehl, beim Justizminister zu erscheinen, um einen Verweis entgegenzunehmen, er kam aber nicht.

Weitere Einzelheiten.

Zu den Petersburger Straßenkämpfen von Sonntag liegen noch folgende ergänzende Nachrichten vor: Vor dem Moskowsky-Tore beim Moskauer Bahnhof kam es nachts abermals zu blutigen Zusammenstößen, ebenso beim Narva-Tor. Die Menge wollte an der Stelle, wo der Priester Sergis fiel, eine Stange mit roter Fahne zwischen den Pflastersteinen befestigen. Der Träger dieser Fahne und mehrere Begleiter ließen sich ohne Widerstand niederschießen. Studenten, die zum großen Teil im Wassili-O'rowa-Viertel wohnen, nahmen an den gestrigen Unruhen nur vereinzelt teil. „Echo de Paris" verzeichnet eine Petersburger Meldung, wonach die Marine-Infanterie sich geweigert hätte, gegen die Arbeiter zu marschieren; ihre Kaserne sei infolgedessen von verläßlichem Militär zerstört worden. Die Petersburger Theater wollten gestern abend schließen, wurden aber behördlich veranlaßt zu spielen. Trotzdem wurden infolge Intervention eines liberalen Ordnungskomitees mehrere Vorstellungen, insbesondere diejenige im Alexandrinsky-Theater, kurz nach Beginn abgebrochen. Das Haupt dieses Komitees ist Maxim Gorki; er soll zum Minister Mirski geladen worden sein. Augenzeugen des Gemetzels, das im Alexandergarten nahe der Admiralität von dem Preobrajenskischen Regiment angerichtet wurde, bekunden, daß die **Mehrzahl der dort Gefallenen Frauen und Kinder** waren, die, vom Straßenlärm erschreckt, in den Garten flüchteten. Das Bombardement der Garde-Artillerie gegen die Barrikaden von Wassilistrow übte eine **verheerende** Wirkung aus. Auf einer dieser Barrikaden lagen im Knäuel **dreißig Verwundete** und **fünfzehn Tote.** Die Damen des Roten Kreuzes parlamentierten mit den Führern der Barrikadenverteidigung, ihnen die Verwundeten auszuliefern, sie erhielten jedoch zur Antwort: „Nein, lieber hier sterben, als **unter den Händen eurer Folterknechte!**"

Sympathiekundgebungen für die Arbeiter.

Am Montag wurden zahlreiche Versammlungen von Vertretern der gebildeten Stände abgehalten, in denen die Sympathie für die Bewegung zum Ausdruck kam. Die größte fand in der freien ökonomischen Gesellschaft statt, die von 600 Personen besucht war. — Gruppen von Leuten der intelligenten Bevölkerung nötigten die Ladenbesitzer auf dem Newski-Prospekt, ihre Magazine zum Zeichen der Sympathie für die Bewegung zu schließen.

Die Duma von Moskau.

Die neugewählten Stadtverordneten haben dem Stadthaupt Fürsten Golizyn eine Adresse überreicht, in der sie ihre vollständige Uebereinstimmung mit den von der vorigen Duma gefaßten Resolutionen erklären.

Der Zar und seine Familie.

Mehrere Telegramme verzeichnen das Gerücht, daß die Familie des Zaren nach Petershof gesandt worden, aber der Zar selbst in Zarskoje Sielo geblieben sei. Der Zar erkundigte sich insbesondere danach, wer eine Gruppe von Revolutionären gegen Zarskoje Sielo geführt und welche Militärabteilung ihr den Weg dorthin verlegt habe. Der Monarch erfuhr nicht die Zahl der Toten und Verwundeten.

Wie dem „Daily Telegraph" aus Petersburg gemeldet wird, wußte man seit dem Donnerstag nicht mehr genau, wo der Zar war. Er fuhr am Donnerstag abend in das Anitschkow-Palais und verbrachte die Nacht dort. Am Freitag morgen fuhr er zum Winterpalais, war dann angeblich am Sonnabend nach Zarskoje Sielo gereist, in Wirklichkeit soll er aber am Sonntag im Winterpalais gewesen sein.

Das Zarenpaar hat sich anderer Meldung zufolge bereits nach Peterhof in Sicherheit gebracht. Der Zar ließ sich angeblich erst nach längerem Widerstreben dazu bestimmen, seine Familie dorthin zu begleiten. Ob er dort bleibt oder sich nach Livadia begibt, hängt von den Ereignissen ab. Die Kaiserin-Mutter wollte angeblich den gegen das Schloß sich bewegenden Volksmassen entgegenfahren, der Zar wollte sie begleiten, da kam aber telephonisch die Nachricht, daß die Manifestanten zerstreut seien. Infolgedessen unterblieb die Fahrt.

Großfürst Michaelowitsch ist von Paris nach Petersburg berufen worden, um durch seine Popularität beruhigend auf die Massen zu wirken.

Der Eindruck in Frankreich.

In der „Petite Republique" gibt Gérault-Richard der Entrüstung der französischen Sozialisten Ausdruck, daß die Regierung des Zaren die bescheidenen Anfänge einer liberalen Regung in Rußland mit dem Kommando des Niederschießens beantwortete. In der „Humanité" schreibt Jaurès: Der Zar und das absolute Regime sind gerichtet. Trotz diplomatischer Konventionen und trotz des Grundsatzes, sich nicht in die innere Politik anderer Länder zu mischen, gibt es einen Grad des Verbrechens, unter welchen selbst eine autokratische Regierung nicht herabsinken darf, wenn freie und liberale Völker noch mit ihr verkehren sollen.

Die Londoner Presse.

Die Vorgänge in Petersburg drängen in London alle anderen Ereignisse tief in den Hintergrund. Die Morgenblätter veröffentlichen spaltenlange Drahtberichte über das Blutbad. Der Petersburger Berichterstatter des „Standard" drahtet nachts um 2 Uhr: Ich werde soeben benachrichtigt, daß die Truppen um ½2 Uhr wieder auf das Volk geschossen haben. Amtliche Quellen geben die Zahl der Getöteten auf 2000 bis 3000, die der Verwundeten auf 7000 bis 8000 an. Es verlautet, daß die Arbeiter sich der Kriegsvorräte der Putilow-Werke bemächtigt hätten. Auch ist Grund vorhanden, daß sie vollauf mit Geld zum Waffenankauf versehen sind. Meine Beobachtungen bestätigen die Ansicht, daß die revolutionäre Bewegung weit davon entfernt ist, beendet zu sein. Angehörige aller Klassen, die Augenzeugen der Straßenkämpfe waren, beschimpften die Truppen als Mörder.

Der „Standard" meint: Sei auch momentan vielleicht der Aufruhr niedergeschlagen, eines stehe fest: der Glaube an den Zaren als wohlwollenden Herrscher von unbeschränkter Macht sei zu Ende. Die Aufständischen werden überzeugt bleiben, daß er ihre Leiden nicht lindern will oder kann. Der religiöse und freiwillige loyale Gehorsam der Nation existiert nicht mehr. Der Zar muß aus dem Volke seine Soldaten und Priester nehmen. Wenn in denjenigen Klassen, von denen diese kommen, die Loyalität verloren gegangen ist, werden sie keine in ihren Beruf mitbringen, und dann bricht das Gebäude der Aristokratie zusammen. Die Sonntags-Szenen sind nur der Anfang großer Konvulsionen in Rußland, da die großen Städte und das Land nicht bloß sich gegen ihre Bedrücker, eine mit großen Vollmachten ausgestattete Verwaltung, sondern mehr noch gegen die Unfähigkeit der Regierung empören.

Die Londoner Blätter veröffentlichen Unterredungen mit den revolutionären russischen Führern, die sich augenblicklich in London aufhalten. Der Vorsitzende des revolutionären Komitees, Goldenberg, erklärte, schon seit längerer Zeit sei der Aufruhr vorbereitet worden und bleibe nicht auf Petersburg beschränkt, sondern werde sich auch auf die übrigen Städte Rußlands ausdehnen. Ein anderer Führer erklärte, daß ganz Rußland dem Aufruhr verfallen sei.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Heinrich Goeres; für Provinzialnachrichten: Jean Eichweiler; für das Feuilleton: Dr. Artur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Ich weiss nicht, was soll es bedeuten,

— Dass ich so traurig bin! — So frug eine Waschfrau vorzeiten — Bei jedem Wäschebeginn. — Heut' hat sich die Sache geändert, — Weil jede sich dessen bewusst: — Seitdem wir „Eureka" verwenden, — Das Waschen bringt Freude und Lust!

(„Eureka" das beste aller Waschmittel, unentbehrlich für jede Hausfrau und Wäscherin, à Paket 10 Pfg., überall erhältlich.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050124029/fragment/page=0003

Ziehung 15., 16., 17., 18. Februar in Berlin.

Wohlfahrts-Lose à 3.30

(Porto u. Liste 30 Pf.) zu Zwecken d. deutschen Schutzgebiete. 12 977 Geldgew. ohne Abzug Mk.

490000

Hauptgewinne Mark

75,000
50,000
25,000
15,000

3	à 5000	=	15 000
10	à 2000	=	20 000
20	à 1000	=	20 000
40	à 500	=	20 000
100	à 200	=	20 000
200	à 100		20 000
600	à 50		30 000
3000	à 30	=	90 000
9000	à 10	=	90 000

Loose empfiehlt der General-Debit

Lud. Müller & Co.

Berlin, Breitestr. 5 Telegr.-Adr. Glücksmüller

In Halle a. S. bei Schrödel & Simon (Ernst Pegemann), Gr. Ulrichstrasse 46, Arthur Kopsch, Steinweg 29, Pettrich & Kopsch, Talamtstr 6, Max Stoye Nachf., Inh. Max Thümmel, Magdeburgerstr. 68, Richard Heinze, Gr Steinstr. 71, Oskar Schröder, Leipz gerstr. 46, Paul Keitel, Gr. Ulrichstrasse 36, C. F. G. Kitzing, Schmeerstrasse 28, Jacob Pieper, Gelstrasse 54, Gebhardt & Müller, Moritzzwinger 14, Otto Arndt, Leipzigerstr. 33.

Westfäl. Steinkohlen-Brikets,

Marke „Neu-Iserlohn" und Marke „Derkules", ca. 10 Waggonladungen, habe ab meinem Lager preiswert abzugeben **E. Osske. Hettstedt.**

Seidenhaus Georg Schwarzzenberger

Halle a. S. Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. Gr. Steinstr. 88.

Neueste Farben in bestem Kostüm-Sammet

unempfindlich gegen Druck und Nässe.

Velvet-Sammete für Blusen und Kleidchen

Meter von Mk. 1.00 an.

Negergarn Mohrengarn

Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß unsere echtfarbigen, sowie rohen und gebleichen **Strick-, Häkel- und Stickgarne** mit obigen seit vielen Jahren eingetragenen Schutzmarken geliefert werden und daß sich Verkäufer, welche unter der Bezeichnung: **„Negergarn oder Mohrengarn"** Fabrikate in den Verkehr bringen, welche nicht von uns herrühren, einer Markenschutzverletzung schuldig machen, gegen welche wir im Interesse unserer Abnehmer gerichtlich vorgehen werden. Mitteilungen über derartige Unterschiebungen nehmen wir dankbar entgegen und vergüten entstandene Spesen.

Naundorf bei Crimmitschau. **Gebr. Wolf.**

Allerfeinste mildgesalzene

Tafelbutter Stück **65** Pf.

Hochfeine frische

Tischbutter Stück **60** Pf.

Feine frische

Molkereibutter Stück **58** Pf.

Robert Weise,

Friedrichplatz.

Alleinige Verkaufsstelle des Molkereiverbandes „Kleeblatt."

Vertraul. Auskünfte

über Vermögens-, Familien- und Privat-Verhältnisse auf alle Plätze der Welt erteilen sehr gewissenhaft **Beyrich & Greve,** Halle a. S. Internationales Auskunftsbureau.

Sanatorium Bad Grüna i. S.

Kuranstalt 1. Ranges für physikalisch diät. Heilmethoden. Das ganze Jahr geöffnet. 2 Anstaltsärzte. Ill. Prosp. gratis u. fr. durch den leitenden Arzt **Dr. Bloos** und den Direktor **Richard Schenk.**

Wollen Sie

geehrte Damen

freundlichst notieren!

Stehen Sie auf dem Standpunkt, sich einen neuen Zopf zu kaufen, versäumen Sie **nicht,** vorher mein reichhaltiges Lager zu besichtigen. **Zöpfe** in allen Farben und jeder Preislage vorrätig. Auch die beliebten **Zöpfe ohne Schnur,** wunderschön leicht zu tragen, zu angemessenen Preisen.

Spezial-Damen-Frisier-Salon

Fritz Mischke,

An der Universität 1.

Schnellste Rücklieferung. **F. Wolff** Konkurrenzlose Ausführung.

Läden:
Gr. Steinstrasse 36
Geiststrasse 49
Rannischestrasse 3
Merseburgerstrasse 163
Leipzigerstrasse 21.

Fabrik-Fernruf 44
Amt Ammendorf.

Färberei

Hochfeuerfeste

Chamottesteine

jeder Art und in allen gewünschten Dimensionen, für **sämtliche Zwecke der Industrie** liefern preiswert

Gebrüder Baensch,

Dölau, Bez. Halle a. S.

Gegründet 1872.

Haben Sie

schon meine **Spitzkugeln** (Honigkuchen mit Chocolade überzogen) probirt? Ich möchte Sie gern als Kunden haben

Carl Booch, Breitestr. 1 u. Markt Rother Thurm 12.

Königliche Höhere Maschinenbauschule zu Stettin.

Beginn des Sommer-Semesters am 10. April 1905.

Aufnahmebedingungen: Reife für Obersekunda und zweijährige Praxis oder Besuchungsnachweis für höhere Maschinenbauschulen und 3 Jahre Praxis.

Die Unterrichtsdauer beträgt 2 Jahre, das Schulgeld pro Jahr 150 Mark. **Der Direktor.**

Pfeiffersches Institut zu Jena.

Die mit einem **Pensionat** verbundene **Realschule,** deren Reifezeugnis zum **einjährigen Dienst** berechtigt, beginnt das Schuljahr 1905 am 27. April. Stete Aufsicht, hervorragende Erfolge. Prospekte auf Wunsch durch den Direktor **Prof. Pfeiffer.**

Der

Neu! A. B. C.-Brenner

für

Petroleum-Glühlicht

kostet nur **Mk. 4.50**

komplett mit Glühstrumpf, Zylinder und Docht.

Brennt so hell wie Gasglühlicht und verbraucht dabei nur ca. 1 Pfennig Petroleum per Stunde. Kein Schneiden, kein Schrauben des Dochtes. Ist überhaupt so einfach, dass er von einem Kinde bedient werden kann, daher der Name **„A. B. C."** Passt für jede vorhandene 16''' u. 14''' Lampe und mittelst Zwischenring auch auf jedes andere Bassin.

Niederlagen in Halle:

Bartels & Beck, Leipzigerstr. 32,
Eduard Eder, Spiegelstr. 12,
Wilhelm Beckert, Am Gütterbahnhof 5,
G. R. Kegel jun., Gr. Ulrichstr. 7,
A. L. Müller & Co., Gr. Steinstr. 14,
Riesen-Bazar, Schmeerstr. 1, Ratskellergebäude.

14" 10" **Fabrikanten und Patentinhaber:**
Herm. Hurwitz & Co., Berlin C. 2, Stralauerstr. 56 A.

☞ Nach Orten, wo **keine** Niederlage, senden die **Fabrikanten** den Brenner zur **freien** Probe **franko ohne Nachnahme.**

S. Roeders Bremer Börsenfeder

seit 30 Jahren **bekannt** u. **weltberühmt** als **beste Schreibfeder.**

Ueberall zu haben.

Man verlange **ausdrücklich: S. ROEDERs Bremer Börsenfeder,** weil viele **minderwertige** Nachahmungen unter ähnlicher Bezeichnung im Verkehr sind.

Hamburg-Amerika Linie

Direkter deutscher Post- und Schnelldampferdienst

Personen-Beförderung nach

allen Weltteilen

vornehmlich auf den Linien

Hamburg - Dover Cherbourg - Newyork

Hamburg-Brasilien	Hamburg-Canada	Hamburg-Frankreich
Hamburg-La Plata	Hamburg-Westindien	Hamburg-England
Hamburg-Ostafrika	Hamburg-Mexiko	Hamburg-Central-Amerika.
Hamburg-Afrika	Hamburg-Cuba	

Die Dampfer der Hamburg-Amerika Linie bieten bei **ausgezeichneter Verpflegung vorzügliche Reisegelegenheit** sowohl für **Kajüten-** wie **Zwischendecks-Passagiere.**

Vergnügungsreisen zur See:

Westindienfahrten, Orientfahrt, Nordlandfahrten, Zur Kieler Woche, Mittelmeerfahrten, Riviera-fahrten, Nach England, Irland und Schottland, Reisen nach berühmten Badeorten.

Kurfahrten zur See.

Nähere Auskunft erteilen die inländischen Agenturen der Gesellschaft, sowie die **Abteilung Personenverkehr** der

Hamburg-Amerika Linie, Hamburg.

In **Halle a. S.: Georg Schultze,** Bernburgerstr. 32, I; in **Nordhausen: Arthur Hellbrun,** i. Fa.: L. Hellbrun & Co.; in **Weissenfels: F. A. Laue.**

August Stapel

Garteningenieur

Gera (Reuß)

Luisenstraße 10pt.

Fernsprecher 932

Uebernahme aller technischen u. praktischen Arbeiten für Park- und Gartenanlagen

---

Nur für Kenner!

Garantiert neue gerissene Gänsefedern mit den ganzen Daunen zart gerissen versende ich in halbweiß Mk. 2.45, reinweiß Mk. 2.90 p. Pfd., außerdem empfehle ich nur in

reinen Gänsefedern

	p. Pfd. Mk.
Gänseschlachtfedern mit Daunen	1.40
Dieselbe Qualität sortiert ohne Rispe	1.75
Gansehalbdaunen hell	2.00
„ ganz weiß	2.50
Gänsedaunen halbweiß	3.50
„ reinweiß	4.25

Der Versand geschieht p. Nachn. od. vorher Einsendung d. Betrages. Was nicht gefällt, nehme zurück. Muster grat. u. frko.

Rudolf Müller, Stolp i. Pomm.

EMSER Kränchenbrunnen

der altberühmten Kränchenquelle,

Emser Kesselbrunnen, Kaiserbrunnen, Victoriabrunnen, Emser Pastillen und Quellsalz

zu haben in allen Apotheken, Droguerien und Mineralwasserhandlungen, sowie durch die

Kgl. Bade- u. Brunnenverwaltung Ems.

503

Zu beziehen durch jede Buchhandlung ist die in 65. Aufl. erschienene Schrift des Med.-Rath Dr. Müller über das

gestörte Nerven- und Sexual-System

Freizusendung für 1 ℳ i. Briefmarken **Curt Röber,** Braunschweig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050124029/fragment/page=0004